

FDP sieht freie Arztwahl in Gefahr

Kreis-Liberale unterstützen Petition

■ **Kreis Höxter (nw).** Die FDP des Kreises Höxter unterstützt eine Petition der bayerischen Liberalen, die Zwangsmaßnahmen und den zunehmenden staatlichen Einfluss im Gesundheitswesen bekämpft. Die Liberalen sehen im geplanten Versorgungsstärkungsgesetz eine Gefährdung der Rechte und Freiheit der Bürger.

„Die medizinische Betreuung von Patienten beruht auf einem besonderen Vertrauensverhältnis, in dem sich der Patient auf eine individuelle und unabhängige Beratung verlassen können muss. Sie erfolgt nach bestem medizinischem Wissen, ist nur dem Patienten verpflichtet und darf nicht durch staatliche Zwänge erfolgen. Garant für dieses besondere Vertrauensverhältnis ist insbesondere der Status eines freien Berufes, den der Gesetzgeber bisher besonders herausgehoben und geschützt hat“, so Hans-Jürgen Knopf, stellvertretender Kreisvorsitzender und gesundheitspolitischer Sprecher der FDP OWL.

Die von der jetzigen Regierung geplanten Reformen des Gesundheitswesens bedrohen aus seiner Sicht diese Eigenschaften des freien Berufes und damit auch die unabhängige medizinische Betreuung des

Patienten. „Die Liberalen stellen sich insbesondere gegen die geplante Zwangsterminierung in Arztpraxen und Krankenhäusern bei längeren Wartezeiten“, so Knopf weiter. Nach der geplanten Gesetzgebung könnte im ambulanten Bereich Patienten ein Facharzt zugeteilt werden. Dafür wird eine zentrale Terminservicestelle eingerichtet, die nichtärztlich besetzt ist und trotzdem die Dringlichkeit feststellen soll. „Diese Maßnahme ist patientenfeindlich, hochbürokratisch und teuer. Gerade in ländlichen Gebieten, die mit einer zunehmend schlechteren ärztlichen Versorgung rechnen müssen, könnte das de facto die Abschaffung der freien Arztwahl bedeuten“, meint Knopf. Da die Terminservicestelle auch an Krankenhäuser verweisen soll, würden dadurch Kapazitäten für die stationäre Behandlung blockiert. Zwangsläufig würden durch die Zuweisung an Krankenhäuser auch die Kosten steigen. „Die Liberalen wollen stattdessen, dass die Krankenhäuser wie bisher, bedarfsgerecht und bezogen auf spezielle Krankheitsbilder in die ambulante Versorgung von Patienten eingebunden bleiben“, so Knopf. Die Petition gibt es unter www.change.org